

betreffend Information der Bevölkerung über die Krisenvorsorge im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine

Nicht nur in Basel-Stadt, auch in anderen Gemeinwesen im In- und Ausland macht sich die Bevölkerung Sorgen im Zusammenhang mit dem Angriff der Ukraine durch Russland. Nie waren in der Gegenwart kriegerische Ereignisse so nah an unserem Land. Dass nach der Eroberung der Nuklearzentrale von Tschernobyl durch russische Truppen zusätzlich zum Angriffskrieg russische Atomwaffen in Bereitschaft gestellt worden sind, erhöht die Besorgnis auch in unserem Kanton.

Vor einiger Zeit wurde unsere Bevölkerung wegen der Nähe des Kantons zu in- und ausländischen Atomkraftwerken mit Jodtabletten bedient. Offenbar ist unsere Bevölkerung nicht vollständig mit diesen Jodtabletten versorgt worden. Zuziehende melden, dass sie nicht im Besitze der individuell adressierten Packungen sind, resp. der Information, wie und wo diese bezogen werden können. (Bis anhin mit Gutscheinen in den Apotheken). Auch ist vielen nicht klar, wovor diese Tabletten schützen, nach welchen Ereignissen sie eingenommen werden sollten, wann und von wem.

An Aktualität gewonnen hat durch diesen Krieg auch die Frage nach der Schutzplatzzuweisung. Bisher nahmen viele die Informationen nicht ernst; viele Einwohnerinnen und Einwohner wissen nicht, wohin sie sich im Katastrophenfall begeben müssten.

Es wäre falsch, eine Panik-Stimmung zu verbreiten, sachliche Aufklärung ist aber dringend angezeigt.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Erachtet der Regierungsrat es als angezeigt, möglichst zeitnah und unaufgeregt die Bevölkerung über Massnahmen der Krisenvorsorge zu informieren?
2. Ist der Regierungsrat bereit, die offensichtlich bestehenden Lücken in der Bedienung der Bevölkerung mit Jodtabletten zeitnah zu schliessen, verbunden mit der Information, nach welchen Ereignissen, in welchem Zeitpunkt, von wem und wie diese Tabletten eingenommen werden sollen?
3. Ist der Regierungsrat bereit, die Informationen über die Zuweisung der Schutzraumplätze bei Bedarf zu aktualisieren und zeitnah die notwendigen Informationen allen Bewohnerinnen und Bewohnern im Bring-System zukommen zu lassen?
4. Erachtet der Regierungsrat weiter gehende Informationen mit Blick auf die angespannte Lage als notwendig?

Lydia Isler-Christ